

Epilog

»It is a radical act to nurture the lives of those who are not supposed to exist.«

Ross 2016: xviii¹

Recherche, Reflexion und Kritik der Politik des Kinderkriegens führen in viele Richtungen – das hat die Arbeit an diesem Band deutlich gemacht. Denn die gesellschaftlichen Dimensionen des Kinderkriegens lassen sich nicht auf Fragen individueller Selbstbestimmung reduzieren und betreffen auch nicht nur vergeschlechtlichte reproduktive Körper. Die Analyse einer malthusianischen Matrix hat sich als hilfreich erwiesen, um zu verstehen, inwiefern es beim Kinderkriegen auch um die Regierung der ›Bevölkerung‹ geht. Schließlich sind die machtvollen Strategien, das Kinderkriegen zu interpretieren, zu regulieren, zu fördern oder zu kontrollieren, vielfach mit der expliziten oder impliziten Auf- und Abwertung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen verbunden. Diese Strategien gehen einher mit rassistischen und nationalistischen Ein- und Ausschlüssen, mit klassenhierarchischen Zuschreibungen und auch neuen reproduktionsmedizinischen Ausbeutungsverhältnissen. Sie gehen einher mit hartnäckigen Vorstellungen von ›Gesundheit‹ und ›Krankheit‹, von genetischer Genealogie und Differenz. Und sie lassen sich auch in der ganzen Gewalt der Zuschreibungen wertvollen und weniger wertvollen Lebens nicht trennen von den repressiven nekropolitischen Dimensionen der Polizeigewalt, der Tode im Mittelmeer, der mehr oder weniger beachteten weltweiten Kriege und des Hungers. Schließlich verhindern auch diese Gewaltverhältnisse, Kinder unter guten Bedingungen aufziehen zu können bzw. überhaupt sicher sein zu können, dass sie weiterleben.

1 Zitat aus dem Vorwort von Loretta J. Ross für das Buch: Alexis Pauline Gumbs/China Martens/Mai'a Williams (Hg.) 2016: *Revolutionary Mothering: Love on the Front Lines*, Oakland: PM Press, xiii-xviii.

All diese Dimensionen der strukturellen Verhältnisse stratifizierter Reproduktion bleiben aber oft unsichtbar. Denn die Politik des Kinderkriegens bleibt eingebunden in individualisierende und entpolitisierte Narrative der Mutter- bzw. Elternschaft. Diese Narrative basieren auf der Vorstellung von Familie als universelles und unhinterfragbares Phänomen. Vergessen bleibt, wie jung die privatisierende Form der Kernfamilie ist, die im globalisierten Kapitalismus allmählich etabliert wurde, um das Kinderkriegen und die Reproduktionsarbeit auf spezifische Weise zu organisieren. Und vergessen bleibt auch, inwiefern diese Form der Familie von vielfältigen Ausschlüssen ebenso wie von bürgerlichen und eurozentrischen Normen geprägt ist – und wie unabgeschlossen und umkämpft der Prozess ihrer (post-)kolonialen Durchsetzung weiterhin ist. Die Politik des Kinderkriegens ist zudem nicht zu trennen von den demografischen Wissensregimen, die die Strategien der Bevölkerungsverwaltung unterfüttern. Statistische Reduktionismen und Positivismen machen es überhaupt erst möglich, die Zahl der aktuell lebenden Menschen ebenso wie die Zahl der zukünftig erwarteten oder zu verhindernden Geburten ins Zentrum des Politischen zu stellen. Nur auf der Grundlage dieser Kalkulationen können demografische Krisennarrative die Politik des Kinderkriegens gedanklich und strategisch unmittelbar mit Migrations-, Arbeitskraft-, Klima- oder Ressourcenpolitik verknüpfen. Indem diese Kalkulationen die abstrakte Menge der Menschen – und als typisch malthusianischer Kurzschluss unmittelbar daran anschließend die Menge bestimmter Menschen – zum Hauptproblem erklären, werden Phantasien gesellschaftlicher Transformation blockiert. Unhinterfragt bleibt in der demografischen Apologie des Status quo, wie Verhältnisse sozialer Ungleichheit, der Verteilung von Ressourcen, der Sozialökologie, der Organisation von Sorge, Produktion und Konsum verändert werden könnten.

All dies erscheint als eine sehr große Klammer, um die Politik des Kinderkriegens analysieren und kritisieren zu können. Für einen derzeit transnational an Kraft gewinnenden gegenhegemonialen Feminismus sind diese Perspektiven aber wichtig, um zentrale Dimensionen globaler Machtverhältnisse auf- und angreifen zu können. Im Folgenden möchte ich einen kleinen Streifzug durch wichtige Erkenntnisse der in diesem Band versammelten Forschungen unternehmen, auf neue demografiekritische Herausforderungen in Zeiten von Pandemie und Krieg eingehen und schließlich auf das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit als wichtigen Deutungsrahmen für anti-malthusianische Bündnisse und Widerstand eingehen.

Verbindende Motive: Anmerkungen zu den Forschungsergebnissen

Ein Forschungsergebnis aus diesem Band ist sicherlich, dass Konjunkturen der Demografisierung von einem Auf und Ab geprägt sind. Es gibt historische Kontexte und Phasen, in denen die Problematisierung und der Zugriff auf ›Bevölkerung‹ besonders wichtig wird. Und es gibt andere Phasen, in denen zum Thema ›Bevölkerung‹ zumindest auf der oberflächlichen Ebene explizit formulierter Regierungsstrategien weniger Aufwand betrieben wird. In Deutschland wurde so in den 2000ern Jahren auf der Basis einer als zu gering skandalisierten nationalen Geburtenrate eine selektiv-pronatalistische Familienpolitik entworfen. Einmal etabliert, bedurften deren klassenhierarchische und ausschließende Instrumente wie das einkommensabhängige Elterngeld sowie weiter wirksame Vorstellungen von ›Humanvermögen‹ allerdings kaum noch einer offen bevölkerungspolitischen Begründung. Auch hatte die staatliche Politik zur ›Verwirklichung von Kinderwünschen‹ Auswirkungen auf die Entwicklungen der Reproduktionsmedizin. Zu den selektiven und ausbeuterischen Dimensionen reproduktionstechnologischer Neuerungen haben allerdings neben demografiepolitischen Strategien vielfältige weitere – familialistische, ableistische, biokapitalistische – Dynamiken beigetragen.

In der deutschen Debatte um Migration und Demografie haben demografiepolitische Strategien entweder ganz explizit rechte rassistische Ideen eines zu schützenden nationalen ›Volkskörpers‹ untermauert. Oder sie richteten sich auf ein utilitaristisches Finetuning einer ›qualitativen‹ Zuwanderungspolitik aus, die diese auf Fachkräfteanwerbung und -mobilisierung reduzierte. Zudem wurde in diesem Kontext die gefährliche rassistische Trope einer segregiert erfassten ›migrantischen Geburtenrate‹ auf unterschiedliche Weise (wieder) ins Spiel gebracht. Die demografische Expertise zur Frage der Migration befasste sich insofern insbesondere im Kontext des ›Sommers der Migration‹ von 2015 vor allem damit, die von ihr selbst heraufbeschworenen quantitativen Rationalitäten wieder einzudämmen: Schließlich galt es, die simple und offensichtliche Schlussfolgerung zu entkräften und zurückzuweisen, eine offene Migrationspolitik könnte der ›Schrumpfung‹ und ›Alterung‹ Deutschlands entgegenwirken. Dies ist sicherlich auch der Grund dafür, warum Migration nur kurz im Zentrum des regierungsnahen Demografiediskurses stand.

Übergreifend haben es die demografischen Narrative in der nationalen Familien- und Migrationspolitik ermöglicht, unterschiedliche politische Kräfte bzw. Hegemonieprojekte auf gemeinsame nationalistische, klassen-

hierarchische und rassistische Grundprinzipien auszurichten. Die Konjunktur der Demografisierung zeichnete sich durch einen gemeinsamen Fokus auf eine wenn auch unterschiedlich interpretierte ›Zukunft der Nation‹ aus, nämlich auf die Frage danach, wieviel und welche ›Bevölkerung‹ ein nationales ›Wir‹ langfristig braucht. Familien- und Migrationspolitik sind so über die Frage der ›Bevölkerung‹ in einen systematischen national-utilitaristischen Zusammenhang staatlicher Planungsphantasien gebracht worden, während menschenrechtliche, humanitäre oder gar gegen soziale Ungleichheit ausgerichtete Rationalitäten geschwächt wurden. Ein wichtiges Ergebnis aus der Beforschung des deutschen Demografiediskurses ist es insofern, dass auch scheinbar sachliche, unpolitische Demografieexpertisen zum Aufwind explizit rechter und nationalistischer Bevölkerungsdiskurse beigetragen haben.

Im Unterschied zu der bis Anfang 2022 eher abflauenden Konjunktur der Demografisierung in Deutschland weisen die in diesem Band versammelten Forschungsarbeiten auf einen Aufwind globaler Bevölkerungsdiskurse und -programme hin. Antinatalistische Agenden zur Eindämmung der ›Weltbevölkerung‹ sind durch einen neomalthusianischen Reflex in der Klimadebatte wiederbelebt worden, der bei sehr heterogenen politischen Kräften zu beobachten ist. Zudem haben ein zunehmender philanthropkapitalistischer Einfluss und Public Private Partnerships mit Big Pharma dazu beigetragen, dass es in der internationalen Bevölkerungspolitik zu einem Rollback in Richtung isolierter Familienplanung und einem Fokus auf Langzeitverhütung kam.

Sowohl in diesen globalen Bevölkerungsprogrammen als auch im deutschen Kontext hat sich gezeigt, dass die demografische Expertise in den letzten Jahrzehnten das Kriterium einer nationalen Altersstruktur zum Nonplus-ultra erklärt hat. Dieses scheinbar ausdifferenzierende Epistem abstrahiert allerdings genauso von sozialen Machtverhältnissen, wie es die älteren Kriterien der reinen Bevölkerungszahl oder -wachstumsraten taten. Die aktuelle Hegemonie der Wissensproduktion über ›günstigere‹ oder ›ungünstigere‹ nationale Altersstrukturen hat zudem scheinbar allgemeingültige neutrale Kriterien etabliert. Ob in Ländern des Globalen Südens Geburtenraten eingedämmt und antinatalistische Programme entworfen werden oder im Globalen Norden der Kinderwunsch staatlich verwirklicht werden soll, ist so nicht mehr Ausdruck (post-)kolonialer Ungleichheit und rassistischer Projektionen, sondern erscheint als neutrale, nationalökonomisch begründete Reaktion auf unterschiedliche ›Bevölkerungsdynamiken‹. Sowieso verlaufen die Grenzen zwischen pro- und antinatalistischen Strategien nicht nur zwischen dem Glo-

balen Norden und Globalen Süden, sondern im Rahmen ökonomistischer Kalküle auch expliziter als bisher zwischen auf- und abgewertetem ›Humankapital‹. Dies wird etwa deutlich, wenn die Politiken der ›Vereinbarkeit‹ von Erwerbs- und Sorgearbeit weltweit junge Frauen zunehmend nicht nur in ihrer Rolle als ›gefährliche‹ oder zu fördernde Gebärende adressieren, sondern stärker als bisher auch ihre zukünftige Arbeitskraft einkalkulieren.

Zwei weitere allgemeine Anmerkungen seien noch zu den Forschungsergebnissen gemacht. Eine betrifft die Analyse dis/reproduktiver Technologien, also der Technologien assistierter Reproduktion, selektiver genetischer Diagnostik und Verhütung bzw. Sterilisation. Ein übergreifender Vorschlag dieses Bandes ist es, die Expansion spezifischer reproduktionsmedizinischer Verfahren in einen Zusammenhang mit demografischen Regierungsstrategien zu stellen (neben weiteren globalen Machtverhältnissen, die diese Dynamiken prägen). Dies verstehe ich auch als Beitrag zu einer intersektionalen feministischen Technologiekritik, die sich nicht auf falsche Dichotomien zwischen Natürlichkeit und Künstlichkeit bezieht – und die immer auch mitdenkt, welche Technologien unter welchen Bedingungen auf eine gute Weise angeeignet werden können. Eine solche Technologiekritik zielt darauf ab, die Machtverhältnisse aufzuspüren, die in den dis/reproduktiven Technologien als *black box* oft unsichtbar sind bzw. verdinglicht werden. Sie ist mit komplexen Anforderungen verbunden: Zum einen erfordert dieser Zugang, die Angebotsdynamiken in den Blick zu nehmen und deren kapitalistische, bioökonomische ebenso wie staatliche, demografiepolitische Hintergründe zu untersuchen. Weiterhin sind aber auch damit verbundene, aber nicht davon ableitbare Dimensionen der Subjektivierung zu berücksichtigen – sei es im Kontext eines zunehmend aufgeladenen Wunsches nach genetisch ›eigenen‹ und ›gesunden‹ Kindern, sei es in den antinatalistischen Anrufungen der ›Familienplanung‹, wenn individuelles Empowerment mit einem Verzicht auf (weitere) Kinder gleichgesetzt wird. Schließlich gehört zur Analyse auch, im Kontext von Eizelltransfers und Leihgebären neue Dimensionen reproduktiver Ausbeutung einzubeziehen, und die damit einhergehenden spezifischen Arbeitsverhältnisse, Formen biomedizinischer Instrumentalisierung und neue genetisierte Sorgerechtsregime zusammenzudenken.

Eine letzte allgemeine Anmerkung zu den Forschungsergebnissen betrifft die verschiedenen Abstraktionsebenen der Analyse: Während ich zwischen verschiedenen Konjunkturen der Demografisierung als spezifische Phasen von Hegemoniebildung unterscheide, beziehe ich mich auf einer allgemeineren Ebene der Politik des Kinderkriegens auf kontinuierliche Grundstruktu-

ren eines kapitalistischen (post-)kolonialen Weltsystems. Die intersektionale Perspektive der malthusianischen Matrix macht deutlich, dass in diesen Grundstrukturen die beiden biopolitischen ›Pole‹ zusammenwirken und sich überlagern: der Pol rassistischer und klassenhierarchischer Bevölkerungsverwaltung und der Pol des Zugriffs auf vergeschlechtlichte reproduktive Körper und Verhalten. Aus diesem Zugang ergibt sich auch, dass es keine simplen Ableitungslogiken und Determinismen in der Politik des Kinderkriegens gibt. Die staatlichen Rationalitäten demografiepolitischer Planung, die bioökonomischen Logiken der reproduktionstechnologischen Vermarktung oder der Inwertsetzung von Körpern, die intersektional vergeschlechtlichten und gleichzeitig privatisierenden Dimensionen von Familie, Mutter- und Elternschaft gehen nicht einfach ineinander auf. Vielmehr ergeben sich daraus Reibungen oder Dimensionen einer relativen Autonomie der Politik des Kinderkriegens, wie es neomarxistisch formuliert werden könnte. Nicht zuletzt schlagen sich in diesen Reibungen die kokonstitutiv entstandenen Grundstrukturen und -formen globaler kapitalistischer Vergesellschaftung nieder, zu der die Konstitution der Familienform als Paradox eines verstaatlichten Privaten ebenso gehört wie die Gleichzeitigkeit von Nationform und (post-)kolonialem Weltsystem.

Ausblick: Konjunkturen der Demografisierung in Zeiten von Pandemie und Krieg

Das wissenschaftliche Arbeiten ist oft ein langfristiges Unterfangen und viele Forschungsergebnisse in diesem Band kreisen trotz einiger Aktualisierungen um Entwicklungen der 2000er und 2010er Jahre. Sie hinken den Ereignissen insofern auch hinterher. Die Covid-19-Pandemie seit 2020 und der russische Kriegseinsatz in der Ukraine, der seit Ende 2022 eine neue Phase von Krieg, Militarisierung und imperialer Blockbildung eingeläutet hat, werfen auch neue Fragen zu demografischem Wissen und Bevölkerungspolitik auf.

Die Art und Weise, wie die Pandemie erforscht und reguliert wurde, hat in vieler Hinsicht ein statistisches, epidemiologisches Wissen über ›Bevölkerung‹ wieder ins Zentrum des Politischen gestellt, das der Reflexion bedarf. Klar ist, dass wir viele und ausdifferenzierte Daten brauchen, um die Entwicklung der Pandemie einschätzen zu können. Dennoch korrespondierten einige Effekte der epidemiologischen Wissensproduktionen zu Covid-19 mit den in diesem Band bearbeiteten Problematiken demografischer Rationali-

täten. Offensichtlich wurde eine malthusianische Politik in Situationen des *laissez-faire*, wenn Regierungen zugunsten nationalökonomischer Ziele bereit waren, das Sterbenlassen bestimmter sozialer Gruppen in Kauf zu nehmen. Aber auch eine rigide Politik des Lockdowns bewirkte, – gerade wenn es an sozialpolitischer Abfederung mangelte – dass zugunsten der Verbesserung ›allgemeiner‹ Gesundheitsdaten ökonomische Deprivation, Prekarisierung und damit die Gefährdung des Lebens bestimmter Bevölkerungsgruppen in Kauf genommen wurde.

Ein weiterer Effekt der demografischen Wissensproduktion in Zeiten der Pandemie ist, dass ›Bevölkerung‹ entlang staatlicher Administrationen immer national konstruiert wurde und wird und epidemiologische Daten einen methodologischen Nationalismus befördern. Im Kontext der Pandemie haben wir viel über den Grad der Ansteckung innerhalb nationaler Bevölkerungen gelernt. Es entstanden damit Vorstellungen von mehr oder weniger ›ansteckenden Bevölkerungen‹, die mit der Stärkung von epidemiologisch meist unsinnigen Grenzregimen einhergingen. Zudem entstanden entlang klassenhierarchischer und rassistischer Abwertungen auch Praktiken der kollektiven Isolation von Menschen in Lagern, Gefängnissen oder stigmatisierten Wohnvierteln, die nicht deren Schutz sondern dem Schutz vor ihnen galt.² Prinzipiell ermöglicht ein skeptischer Blick auf die Konstruktion ›ansteckender Bevölkerungen‹ also zu rekonstruieren, wann die statistische Wissensproduktion darauf ausgerichtet ist, bestimmte Gruppen als gefährlich zu stigmatisieren und auszugrenzen. Zum anderen ermöglicht er auch zu hinterfragen, inwiefern die Konstruktion ›ansteckender Bevölkerungen‹ dazu geführt hat, Fragen nach ansteckenden Lebens- und Arbeitsbedingungen gerade nicht zu stellen. In Deutschland gab es so gut wie keine mediale Aufmerksamkeit oder gar Forschung dazu, inwiefern das Pandemiegeschehen, das Ausmaß von Krankheiten und Todesfällen, sozial ungleich verlief. Es gab ein großes Desinteresse dazu, welche Rolle klassenhierarchisch und rassistisch organisierte prekäre Lebensbedingungen und Ausbeutungsbeziehungen spielten, ebenso wie die damit verschränkten geschlechtsspezifischen Dimensionen ›personenbezogener‹ Care- und Dienstleistungsarbeit.

Schließlich haben die pandemiepolitischen Strategien auch eine individualisierende und normierende Verhaltenspolitik etabliert, die die spezifi-

2 Zum Weiterlesen: Mike Laufenberg/Susanne Schultz 2021: The Pandemic State of Care. Care Familialism and Care Nationalism in the COVID-19-Crisis: The Case of Germany, in: *Historical Social Research* 46(4): 72-99.

schen Lebensbedingungen verschiedener Bevölkerungsgruppen ebenso unberücksichtigt ließen. Gerade die Fokussierung auf den Privathaushalt, der als gegeben, als individueller Schutzraum und Ort autonomen Handelns vorausgesetzt wurde, hat dazu geführt, dass die Pandemiepolitiken in vielerlei Hinsicht an den tatsächlichen Wohn- und Lebensbedingungen sehr vieler Menschen vorbeigegangen sind. Auf ein sozial losgelöstes, als universell normierbar gedachtes ›individuelles Verhalten‹ zu setzen, hat als eine weitere Dimension des Bevölkerungsdenkens insofern ebenso dazu beigetragen, von konkreten, sozial ungleichen ansteckenden Lebens- und Arbeitsbedingungen abzulenken.

Inwiefern werden demografiepolitische Strategien auch in einer neuen Konjunktur imperialer Kriege eine Rolle spielen? Welche Bevölkerungsgruppen werden längerfristig in Deutschland oder der Europäischen Union als erwünscht oder unerwünscht gelten? Vieles ist heute, im März 2022, nicht absehbar. Wichtig ist aber aufmerksam dafür zu sein, welche Ein- und Ausschlüsse die aktuelle Willkommenskultur für Kriegsgeflüchtete produziert und auch inwiefern sich hier bald – ähnlich wie nach dem ›Sommer der Migration‹ 2015 – eine neue Debatte über deren nationale (Un-)Nützlichkeit anschließen könnte. Sicherlich ist es zu begrüßen, dass zum ersten Mal seit ihrer Einführung 2001 die Massenzustrom-Richtlinie der EU in Kraft tritt und zumindest vorübergehend für viele Geflüchtete einen weitaus besseren Rechtsstatus vorsieht als bisher. Aber schon jetzt gibt es rassistische Ein- und Ausschlüsse für diejenigen, die keinen ukrainischen Pass oder langfristigen Aufenthaltsstatus vorweisen können, wie etwa Romn*ja oder ausländische Studierende. Und es bleibt eklatant, wie unterschiedlich die ukrainischen geflüchteten Staatsbürger*innen im Vergleich etwa zu syrischen, irakischen oder afghanischen Geflüchteten behandelt werden. Für eine intersektionale feministische Analyse gilt es, die komplexe Gemengelage der Zuschreibungen zu untersuchen, zwischen den als weiß und (ost-)europäisch markierten ukrainischen Frauen und Kindern im Unterschied zu den mehrheitlich männlichen jungen Geflüchteten, die die gefährlichen Fluchtrouten über das Meer, über die Balkanroute usw. überlebt haben. Eingebettet ist die aktuelle Willkommenskultur zudem in eine überbordende Kriegsrhetorik, in imperialistische Blockbildung und eine Militarisierung der deutschen Regierungspolitik. Zu befürchten ist unter den Umständen eines zu erwartenden sozialpolitischen Abbaus und weiter wachsender sozialer Ungleichheit in Deutschland, dass auch die ukrainischen Geflüchteten bald nach ihrer ›Integrationsfähigkeit‹ und arbeitsmarktpolitischen Nützlichkeit

bewertet werden. Es wird also möglicherweise zu einer neuen Konjunktur der Demografisierung deutscher Migrationspolitik kommen. Auch hier werden demografiepolitische Expertisen genauso wenig davor gefeit sein wie diejenigen von 2015/2016, auf rassistische Archive und Denkmuster zurückzugreifen. Eine demografiekritische Analyse wird auch hier wachsam dafür sein müssen, inwiefern der in der brutalen deutschen Geschichte verankerte antislawische Rassismus – dessen Spuren von Genozid und Zwangsarbeit bis zur Ausbeutung billiger Arbeitskräfte in Ernte, Bau, Altenpflege oder Leihgebären reichen – schnell an Bedeutung gewinnen kann.

Widerstand: Reproduktive Gerechtigkeit als anti-malthusianische Intervention

In Rückbezug auf die Politik des Kinderkriegens folgen hier nun noch einige Anmerkungen zu feministischen Perspektiven des Widerstandes: Wie kann eine anti-malthusianische feministische Intervention aussehen, die die Politik der reproduktiven Körper und der ›Bevölkerung‹ zusammendenkt und über all die verschiedenen Dimensionen und Erfahrungen Bündnisse entwickelt? Das Konzept der *reproductive justice*, zu deutsch reproduktive Gerechtigkeit, wie es von Schwarzen US-Feminist*innen seit den 1990er Jahren eingefordert und verbreitet wird, ist hierfür eine wichtige Referenz.³ Denn es schafft einen Rahmen für Analysen und Bündnisse, innerhalb derer rund um die Themen Schwangerschaftsabbruch, Verhütung und Sterilisation, Geburt und Kinderkriegen sowie Mutter- bzw. Elternschaft strukturelle Macht- und Gewaltverhältnisse sichtbar gemacht werden können. Das Konzept verbindet die Forderung nach dem Recht, sich gegen Kinder entscheiden zu können, mit zwei weiteren als zentral formulierten Rechten, nämlich sich für Kinder entscheiden zu können und Kinder unter guten sozialen und ökologischen Bedingungen und frei von persönlicher oder institutioneller Gewalt aufziehen zu können. Weiterhin befasst sich eine vierte Forderung mit dem Recht auf sexuelle Autonomie. Reproduktive Gerechtigkeit etabliert so einen konzeptuellen Rahmen für diejenigen Feminismen, die über eine universalisierende Perspektive auf individuelle Entscheidungsfreiheit hinausgehen: die

3 Zum Weiterlesen: Grundlagentext von Loretta J. Ross und weitere Texte in Kitchen Politics (Hg.) 2021: Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit, Münster: assemblage.

vielfältigen antirassistischen, antieugenischen, antikapitalistischen, antikolonialen und queeren Feminismen, die schon seit langem eine hierarchisch angeordnete Politik des Kinderkriegens skandalisieren. Das Konzept lässt den vielfältigen Geschichten diskriminierter, abgewerteter oder sogar unmöglich gemachter Mutter- bzw. Elternschaft eine zentrale Bedeutung zukommen. Und es macht aufmerksam dafür, wie unterschiedlich soziale Gruppen gesellschaftlich adressiert werden, wenn es darum geht, ob ihr Kinderkriegen gesellschaftlich erwünscht ist – oder als unerwünscht, unnormale oder sogar gefährlich stigmatisiert wird. Die Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit legen somit ganz unmittelbar nahe, sich auch kritisch mit den Wahrheitsproduktionen zu ›Bevölkerung‹ zu befassen, die diese Praktiken begründen und legitimieren. Denn der Skandal antinatalistischer Politik ist es ja gerade, dass diese nicht nur die Einschränkung individueller reproduktiver Handlungsspielräume bewirkt, sondern letztendlich auch die Existenzberechtigung derjenigen in Frage stellt, deren ›Reproduktion‹ verhindert werden soll. Für einen gegenhegemonialen Feminismus gehen vielfältige Herausforderungen mit der Perspektive der reproduktiven Gerechtigkeit einher. So fordert sie ganz grundsätzlich eine feministische Kritik der Familie und des Kinderkriegens heraus, wenn diese sich in ihrer geschichtlichen Rekonstruktion nur auf die Genealogie der Hausfrau und der Mutter ausrichtet. Die Genealogien der Ausschlüsse aus Familie und aus Mutter- bzw. Elternschaft ernst zu nehmen, heißt jedoch, die Geschichte der Ammen, Dienstmägde und Hausangestellten als genauso zentral für die Geschichte der Familie zu rekonstruieren, ebenso wie vieles mehr: die Geschichte des Kindesentzugs im Kontext von Versklavung, Kolonialismus und Heimerziehung, die Geschichte von Sterilisationspolitik und eugenischen Programmen, die Geschichte verbotener ›Familienzusammenführung‹, die Geschichte der Kriminalisierung und Stigmatisierung queerer Beziehungen, Familien und Elternschaften. All dies sind wichtige Herausforderungen dafür, um eine weiterhin für feministische Politik essentielle Kritik des Familialismus so entwickeln zu können, dass sie all diese Geschichten mitdenkt und einbezieht.

In den letzten Monaten habe ich einige Gespräche mit brasilianischen Feminist*innen dazu geführt, inwiefern reproduktive Gerechtigkeit als ›*conceito potência*‹ politisch genutzt und mit Leben gefüllt werden könnte.⁴ Sie haben mir aus einem Schwarzen und basisbewegten Feminismus heraus einige

4 Vgl. Podcast-Reihe von Criola (Criola POD!), [criola.org.br](https://www.criola.org.br) und Susanne Schultz (im Erscheinen) 2022: Feminist Convivialities: The Intersectional Concept of Repro-

Einsichten nahegelegt. Ganz selbstverständlich und ohne Umschweife verbanden sie das Konzept mit den nekropolitischen Dimensionen von Polizeigewalt, mangelnder Gesundheitsversorgung und Existenzsicherung. Denn auch sie betonten damit das Recht, überhaupt Eltern von den Kindern bleiben zu können, die bereits geboren sind. Zudem haben sie sich dafür eingesetzt, dass feministische Netzwerke in Brasilien sowohl für einen allgemeinen Zugang zu Abtreibungsmöglichkeiten kämpfen als auch ihre Aufmerksamkeit auf antinatalistische Agenden lenken. So protestierte 2021 ein feministisches Bündnis gegen die Vorgabe des brasilianischen Gesundheitsministeriums, Verhütungs-Hormonimplantate bei diskriminierten Gruppen zum Einsatz zu bringen, also u.a. bei Obdachlosen, Sexarbeitenden und Gefängnisinsass*innen. Eine weitere Einsicht aus diesen Gesprächen betrifft die Art und Weise, wie soziale Ungleichheit im Kontext reproduktiver Gerechtigkeit analysiert werden sollte. Es reiche nicht aus, so eine Aktivistin, nur auf statistische Differenzen hinzuweisen und zum Beispiel die wesentlich höher als durchschnittliche Sterblichkeit Schwarzer Frauen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt einfach nur festzustellen. Es brauche vielmehr Analysen des Warum struktureller Hierarchien, um die Grundstrukturen eines institutionellen Rassismus im brasilianischen Gesundheitssystem wirklich zu verstehen. Ein wichtiger Anfang, wenn auch nicht die einzige Strategie, um solche Analysen voranzubringen, seien Strategien des Storytelling, also des Austauschs und des Erzählens über gelebte Erfahrungen reproduktiver Ungerechtigkeit. Storytelling ist ein weiteres Kernelement von reproduktiver Gerechtigkeit als Rahmenkonzept für intersektionale Bündnisse. Denn die vielen Herausforderungen des Kampfes für reproduktive Gerechtigkeit brauchen situierte Analysen, vielstimmige Erzählungen und offene Allianzen, um Bezüge zwischen heterogenen Problemlagen und Auseinandersetzungen herstellen zu können. Eine solche Bündnispolitik ist nicht beliebig, sondern baut auf den genannten Kriterien dieses Rahmenkonzeptes auf. Gegen die abstrahierenden, deterministischen, funktionalistischen und reduktionistischen Großerzählungen der Demografie helfen aber keine entsprechend universellen kritischen Gegenerzählungen. Vielmehr braucht es zum einen Strategien, die diese herrschaftsförmigen Großerzählungen in der Politik des Kinderkriegens kritisch auseinandernehmen und entlarven. Dazu hoffe ich, in

ductive Justice as »Conceito Potencia« (Arbeitstitel), Mecila Working Paper, mecila.net/en/working-papers.

diesem Band einen Beitrag geleistet zu haben. Darüber hinaus ist aber mindestens genauso wichtig, eine situierte Forschung und eine politische Praxis an vielen verschiedenen Orten zu entwickeln, um den vielfältigen Dimensionen der Politik des Kinderkriegens in sehr unterschiedlichen Alltagssituationen und sozialen Kontexten nachgehen und entgegenzutreten zu können. Denn nur so ist es möglich, konkrete und gleichzeitig solidarisch vernetzte Widerstandsstrategien auszuprobieren und umzusetzen.

Susanne Schultz